

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Menschen, Bienen und Gewässer schützen - ein Pestizidausstiegsprogramm für Brandenburg

Der Landtag stellt fest:

Anfang März diesen Jahres informierte der Landesimkerverband darüber, dass mehr als 40 Prozent der Bienenvölker Brandenburgs den Winter nicht überlebt haben. Normal seien Verluste zwischen 10 und 15 Prozent, ein Bienensterben in diesem Ausmaß habe es seit 10 Jahren nicht mehr gegeben. Die Ursachen sind vielfältig, vor allem aber sind viele Bienenvölker durch Pestizide und den Nahrungsmangel in bestimmten Monokulturen so geschwächt, dass sie der Varroa-Milbe nichts entgegenzusetzen haben.

Das Sterben der Bienen aber ist nur die Spitze des Eisbergs: Viele Pflanzenarten und andere Insekten - und damit über die Nahrungskette verbundene weitere Tierarten - leiden unter der Brandenburger Kombination aus großflächigen Energiepflanzen- oder Getreidemonokulturen und massivem Pestizideinsatz. Untersuchungen von Kleingewässern auf sogenannte Pflanzenschutzmittel haben in den vergangenen Jahren daher besorgniserregende Ergebnisse zu Tage gefördert. Die ermittelten Belastungen in den Gewässern sind nicht mit dem Naturschutz- und Pflanzenschutzrecht vereinbar. Die Kleinstgewässer haben in unserer größtenteils ausgeräumten Agrarlandschaft eine große Bedeutung. Sie sind oft Rückzugsort bedrohter Arten, insbesondere von Amphibien.

Am Beispiel des Pestizids Glyphosat wird besonders deutlich, wie weit Pestizide in der Umwelt und der Nahrungskette bereits verbreitet sind. Es wurde nach Angaben der Landesregierung in mehreren Oberflächengewässern in Brandenburg, darunter in der Havel südlich von Berlin sowie im Havelländischen Großen Hauptkanal nachgewiesen. Zudem wurde durch das Umweltbundesamt (UBA) festgestellt, dass Glyphosat im Urin breiter Teile der Bevölkerung nachweisbar ist. Um die gesundheitlichen Risiken von Glyphosat wird derzeit noch gestritten, die International Agency for Research on Cancer (IARC) stufte Glyphosat jedoch als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ ein.

Das Bienensterben, das Verschwinden vieler weiterer Tier- und Pflanzenarten, die Nachweise der Wasserschadstoffe in den Gewässern sowie die Anreicherung in der Nahrungskette bis hin zum Menschen sind ein klares Anzeichen dafür, dass die bisherigen bundes- und landesweiten Regelungen zum Umgang mit Pestiziden nicht ausreichend sind.

Das Land Brandenburg bietet derzeit wenig Unterstützungsmöglichkeiten für LandwirtInnen an, die auf den Einsatz von Pestiziden verzichten möchten oder auf ökologische Landwirtschaft umstellen wollen.

Die Erarbeitung eines Pestizidausstiegsprogramms bietet daher die Möglichkeit, ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Reduktion des Pestizideinsatzes in Brandenburg auf den Weg zu bringen und das Angebot an regionalen Lebensmitteln aus pestizidfreier Bewirtschaftung für den Berliner und Brandenburg Markt deutlich auszuweiten.

Der Landtag möge daher beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Pestizidausstiegsprogramm aufzulegen mit dem Ziel, den Pestizideinsatz in der Brandenburger Landwirtschaft bis zum Jahr 2023 um 50 Prozent zu reduzieren. Folgende Punkte sollen Bestandteil des Ausstiegsprogramms werden:

1. Ein umfassendes Beratungsangebot des zuständigen Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) zu alternativen Schädlingsbekämpfungsmethoden.
2. Eine Erhöhung der Umstellungsprämie für den Ökolandbau mindestens auf den Bundesdurchschnitt.
3. Ein gezieltes Förderprogramm für einen Verzicht auf Pestizide in der Landwirtschaft.
4. Eine vorbildliche Bewirtschaftung landeseigener Flächen ohne den Einsatz von Pestiziden, hierfür sind Pachtverträge entsprechend anzupassen.
5. Die Untersagung von Glyphosat zur Reifebeschleunigung von Getreide (Sikkation) durch Erlass einer Rechtsverordnung nach § 14 Abs. 4 PflSchG.

Bei der Umsetzung des Pestizidausstiegsprogramms soll ein besonderer Fokus auf die prioritäre Umsetzung in Naturschutz- und Trinkwasserschutzgebieten und in ökologisch sensiblen Bereichen von FFH- und Vogelschutzgebieten gelegt werden.

Begründung:

Nach der Pflanzenschutzmittel-Erhebung des Landesamtes für Umwelt (LfU) wurden 2014 in Brandenburg mindestens 1.067 Tonnen Pflanzenschutzmittelwirkstoffe umgesetzt, Mengen aus dem Online-Handel oder die in anderen Ländern erworben wurden blieben hierbei unberücksichtigt. Seit Ende der 90er Jahre ist keine abnehmende Tendenz der umgesetzten Mengen zu beobachten. Es werden vorrangig Herbizide verkauft, Glyphosat stellt hierbei mit Abstand das am häufigsten verwendete Pestizid dar.ⁱ

Andere europäische Staaten wie Dänemark haben sich mit einem Pestizid-Aktionsplan bereits Ziele zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln gesetzt. Das Land Brandenburg sollte diesem Beispiel folgen, um die Belastung für Mensch, Tier und Umwelt deutlich zu senken.

Mit der Erarbeitung eines Pestizidausstiegsprogramms soll u.a. ein umfassendes Beratungsangebot zu alternativen Schädlingsbekämpfungsmethoden durch das Land eingeführt werden und Best Practice-Beispiele für ortsansässige LandwirtInnen aufgezeigt werden. In Brandenburg ist das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) für Beratungen zum Pflanzenschutz zuständig. Es bietet zwar Informationsveranstaltungen und Schulungen zum sachkundigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln für LandwirtInnen an, alternative Schädlingsbekämpfungsmethoden stellen hier bisher allerdings keinen inhaltlichen Schwerpunkt dar.

Auch bei den Fördermöglichkeiten des Landes besteht noch großes Potenzial, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren. So ist der Verzicht bisher nur bei Fördermaßnahmen auf Grünlandflächen oder bei der Umstellungsförderung auf Ökolandbau vorgesehen. Das größte theoretische Einsparpotenzial bei der Anwendung des am häufigsten eingesetzten Pestizids Glyphosat sieht das Julius-Kühn-Institut hingegen bei Anwendungen im Ackerbauⁱⁱ. Hier fehlt es an zusätzlichen finanziellen Anreizen, die einen Verzicht von Pflanzenschutzmitteln im Ackerbau honorieren und LandwirtInnen unterstützen, die einen ersten Schritt in Richtung ökologische Landwirtschaft gehen wollen. Auch die Umstellungsprämie für den Ökolandbau, Brandenburg ist bei den Fördersätzen bundesweites Schlusslicht, muss dringend aufgestockt werden. Der Anteil des Ökolandbaus stagniert seit gut zehn Jahren in Brandenburg, während die Nachfrage nach Ökoprodukten aus der Region stetig steigt.

Das Land Brandenburg soll schließlich Vorreiter im Umgang mit landeseigenen Flächen werden. So sollen Pachtverträge zu landwirtschaftlichen Flächen zukünftig so ausgestaltet werden, dass auf den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln verzichtet wird.

Das Pflanzenschutzgesetz eröffnet den Ländern die Möglichkeit, die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zu verbieten oder zu beschränken, solange das Bundesministerium hiervon keinen Gebrauch macht. Der Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat zur Reifebeschleunigung von Getreide ist derzeit weiterhin unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Das Landwirtschaftsministerium wird daher aufgefordert, diesen Anwendungsbereich zu untersagen. Selbst der deutsche Mühlenverband fordert, vom Einsatz dieses Totalherbizids abzusehen. Derartig behandeltes Getreide gehöre nicht in die Mühlen, VerbraucherInnen wollten schließlich keine Glyphosatrückstände in ihrem Essen.

i http://www.lfu.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/lfu_fb_151.pdf

ii <https://ojs.openagrar.de/index.php/JKA/article/view/5831/5575>